Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 1sp. Kolonelzeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., stets fest. Einzelgeschäftsanzeigen, im redaktionellen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.

Tageblatt · enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Karlsstein, Johanngeorgenstadt, Löhnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Löhnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. - Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 91. | Mittwoch, den 20. April 1921. | 74. Jahrg.

Höchstpreise für Ziegenmilch.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 29. April 1920 in Nr. 100 des Erzged. Volksfreundes vom 1. Mai 1920 wird bestimmt:

Der Preis für 1 Liter Ziegenmilch darf bei Abgabe durch den Erzeuger an den Verbraucher **2,10 Mk.** nicht übersteigen.

Uebertretung dieses Höchstpreises wird auf Grund des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 17. Dezember 1914 (R. G. Bl. S. 515) samt Nachträgen bestraft.

Ferner wird untersagt, die Ziegenmilch mit Kuhmilch zu strecken. Verstöße hiergegen sind auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 (R. G. Bl. S. 145) strafbar.

Schwarzenberg, am 15. April 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Auf Grund der durch das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — der Amtshauptmannschaft nach § 12 der Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 und Punkt IV der Ausführungsverordnung vom 28. September 1918 erteilten Ermächtigung wird weiterhin

die Gemeinde Lindenau

als Wohnungsnotstandsgemeinde anerkannt.

Die Anerkennung hat die in der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 28. Mai 1919 (abgedruckt im Erzged. Volksfreund vom 3. Juni 1919) verzeichneten Wirkungen.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Schwarzenberg, am 16. April 1921. **Die Amtshauptmannschaft.**

Unterhaltungsgenossenschaft für die Wilzsch.

Der nach § 25 der Satzungen auf die Jahre 1921—23 gewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: 387 W.

Mitglieder:

1. Herr Forstmeister **Spindler** in **Carlsfeld,** 2. Herr Fabrikbesitzer Ernst **Friedrich** in **Carlsfeld,** 3. Herr Fabrikbesitzer Hugo **Glöchner** in **Rautenkranz,** 4. Herr Gemeindevorstand Arthur **Lieding** in **Carlsfeld,** 5. Herr Werkführer Adolph **Baumgarten** in **Carlsfeld.**

Die **stellvertretenden Mitglieder** sind in der bisherigen Zusammensetzung wieder gewählt worden.

Vorsitzender des Vorstandes ist:
Herr Forstmeister **Spindler in Carlsfeld,**
dessen Stellvertreter
Herr Fabrikbesitzer Ernst **Friedrich** in **Carlsfeld.**

Die Genossenschaft wird in allen ihren Angelegenheiten durch den Vorstand **vertreten.**

Gemäß § 117 des Wassergesetzes wird dies hiermit bekannt gemacht.

Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 18. April 1921.

Mittwoch, den 27. April 1921, von vormittags 11 Uhr ab,
findet im Festsaal des Prinzessin Marien-Stifts in Schwarzenberg ein

Bezirkstag

statt. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Aue, den 17. April 1921. **Der Vorsitzende der Bezirksversammlung**
Stadtrat M. Ziegler.

Lößnitz. 1. Jahrmarkt 1921

Montag, den 25. April.

Die Parteien in Sachsen und die Regierung.

Seitdem die Demokratische Partei in Sachsen der Regierung nicht mehr angehört, ist sie in ihrer Stellung der M. S. P. gegenüber freier und bemüht sich, ihren bürgerlichen Charakter etwas mehr als vorher zu betonen. Wir haben in den letzten Monaten öfter einen Block von Beutler bis Seifert in Tätigkeit gesehen, bei der Ablehnung der Amnestievorlage rückte er sogar bis Fräßdorf. In den folgenden Ausführungen, die wir dem Deutsch-Demokratischen Landtagsdienst entnehmen, wird die Haltung der Demokraten zur heutigen Regierung festgelegt. „E. V."

Die bürgerlichen Parteien — diese Bezeichnung hat sich, so sehr man das beklagen muß, wieder festgesetzt — haben am 7. Dezember die heutige Regierung abgelehnt, weil sie eine reine Klassenregierung ist. Die Deutsch-Demokratische Partei hat damals eine solche Regierung für ein Unglück für den Freistaat bezeichnet und in ihrer Bildung eine Verleugnung der Demokratie festgestellt. Diesen Standpunkt nimmt die Partei heute noch ein, und die Tatsachen haben ihr Recht gegeben. Es wäre wohl selbstverständlich, daß in der großen politischen Aussprache am 7. April die Parteien auch zur Frage der Regierungsbildung Stellung genommen haben. Irgendwie geändert hat sich mit diesem Tage nichts. Die Frage aber ist, ob nicht doch auf Grund der Erklärungen der Parteien sich Aenderungen vorbereiten. Deshalb ist es für den Politiker nötig, die Stellungnahme der einzelnen Parteien genau zu beachten. Der Deutschnationale Dr. Beutler hat die Angelegenheit nur gestreift. Er sagt etwa folgendes: „Die Zusammensetzung der Regierung bringt es mit sich, daß eine gegenseitige Eifersüchtelei in der Wahrung des sozialdemokratischen Grals besteht. Sie passen gegenseitig auf, ob jeder das Dogma der Sozialdemokratie streng einhält. Das ist ein Zustand, der das Zusammenwirken der eigentümlichen Koalition nicht gerade zu einem befriedigenden macht. Lange geht die Sache da drüben nicht mehr. So eine Koalition mit gegenseitigen Reibereien wird bald in die Brüche gehen. Minister Lipinski ist Anhänger der Rätediktatur, das ist natürlich ein unangenehmes Ding, wenn man als Minister ein Endziel hat, das dem der Kommunisten gleich ist und nun die Mittel bekämpfen soll."

Deutlicher schon geht der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abg. Müller, auf die Frage ein. Er sagt: „Die Regierung hat eine scharfe Grenzlinie zwischen sich und den Kommunisten gezogen. Aber es kommt nicht auf die Worte, sondern auf die Taten an. Die Regierung muß sich der Tatsachen erinnern, daß sie ihr Mandat nur unter der ausschlaggebenden Mitwirkung der Kommunisten erlangt hat. An dieser Tatsache kann sie nicht vorübergehen. Wir behalten uns, wenn diese Frage nicht in dem Sinne, wie wir erwarten, entschieden wird, die volle Freiheit für unser politisches Handeln vor."

Der Führer der Deutsch-Demokratischen Fraktion, Abg. Dr. Seyfert, erklärt folgendes: „Es erscheint uns nach dem Ergebnis der heutigen Aussprache vom parlamentarischen Standpunkte aus als unmöglich, daß die Regierung sich fernerhin auf eine Mehrheit stützt, die von den Kommunisten mit gebildet wird. Tut sie es doch, so müssen wir uns ihr **mit dem schärfsten Mißtrauen** gegenüberstellen. Wir halten es freilich bei den gegebenen Verhältnissen im Landtage für nahezu ausgeschlossen, daß sich irgendeine Mehrheit für eine Regierungsbildung finden läßt. **Die Rolle, die man gelegentlich der Deutsch-Demokratischen Partei angesonnen hat, daß sie an die Stelle der Kommunisten** treten solle, lehnen wir natürlich ab."

Diese Erklärung ist, wohl wegen der ungünstigen Redezeit, zu der sie abgegeben worden ist, in der Presse wenig beachtet worden. Sie ist aber für die weitere Haltung unserer Fraktion entscheidend. Die Regierung kann nach Ansicht unserer Partei so, wie sie ist, nicht bleiben. Ob ein freiwilliger oder erzwungener Rücktritt, ob der Versuch einer Verständigung, ob der Volksentscheid durch Neuwahlen den Zustand ändert, gleichviel: so kann es nicht bleiben.

Wichtig ist die Stellungnahme der Mehrheitssozialdemokratie, ohne die in Sachsen keine Regierung arbeitsfähig ist. Für sie spricht der Fraktionsvorsitzende Abg. Wirth: Wir werden unsere praktische und sozialistische Politik unbeirrt betreiben und werden den, der uns in dieser sozialistisch-praktischen Politik unterstützen will, willkommen heißen, ob er von rechts oder von links komme. Das heißt also zunächst: Die Mehrheitssozialdemokratie will sich nach wie vor die Unterstützung der Kommunisten gefallen lassen. Wie schlecht aber paßt diese Erklärung zu den schweren Anschuldigungen, die Wirth selbst gegen die Kommunisten erhoben hat! Sehr wohl kann es der S. P. D. bei dieser Unterstützung nicht sein. Sie will deshalb auch **gegen eine Unterstützung von rechts nichts einwenden;** freilich will sie unbeirrt ihre Politik treiben. Schon ein politisches Kind sieht ein, daß, wenn es wörtlich zu verstehen wäre, das eine Absage nach rechts bedeutet. Sozialistische Politik kann kein Demokrat, kein Volksparteiler mitmachen. Zu praktischer Politik sind beide Parteien, zu sozialistischer Arbeit ist keine bereit. Es müßte eine Verständigung gesucht werden. Ob freilich in Sachsen das möglich ist, was im Reiche und in Preußen unmöglich ist? Nach allem, was der maßgebende Teil der S. P. D. bisher geäußert hat, muß diese Frage verneint werden.

Der Redner der Unabhängigen, Abg. Schulrich, hat merkwürdigerweise die Frage nicht berührt. Aber beachtet werden muß die von der Presse völlig überhörte und unbeachtete Erklärung des Ministers Lipinski, die er in seiner Erwiderung auf die Ausführungen Dr. Seyferts abgab: „Da von der Regierungsbildung geredet worden ist, will ich erklären: Wir sind dazu bereit. Aber Sie wissen ja selbst keinen Weg, was geschehen soll." Darf man vermuten, daß dies heißen soll, daß man bereit wäre, mit einem oder zwei Demokraten in der Regierung sich abzufinden? In der vorangegangenen Erklärung der Deutsch-Demokratischen Fraktion ist dies **unwiderrufen abgelehnt.**

Entscheidend aber für die Regierungsbildung ist nicht die Stellungnahme der Regierungsparteien selber, sondern die der Kommunisten. Man braucht diesen Satz nur auszusprechen, um das Unhaltbare des jetzigen Zustandes einzusehen. Wie es auch die Regierungsparteien drehen und wenden, sie kommen um diese Tatsache nicht herum, daß ihre Regierung besteht oder nicht besteht, je nachdem die Kommunisten es wollen. Man könnte einwenden, das sei irgendeiner Partei gegenüber bei jeder parlamentarischen Regierung der Fall. Freilich. Nur ist es hier etwas Besonderes, weil ja die Kommunisten schärfer als jede bürgerliche Partei der Regierung Fehde angesagt hat und weil die Regierung diese Partei in einer Weise hat angreifen müssen, die jede Gemeinschaft mit ihr unmöglich macht. Wie verächtlich und höhnisch die Kommunisten von der Regierung sprechen, ist bekannt. Sie wollen sie ja stürzen in dem Augenblicke, wo sie es für angezeigt halten; sie wollen sie ja nur so lange dulden, bis sie sich vor der Arbeiterschaft hinreichend blamiert hat. Mit geballten Fäusten hat sich der Abgeordnete Siewert am 5. April, als er verlangte, daß die Attentate besprochen würden, gegen die Regierung gewendet, und höhnische Zwischenrufe sind dem Minister Lipinski zu Dutzenden an den Kopf geworfen worden. Von Verrätepolitik der Sozialisten reden die Kommunisten, und diese erwidern ihnen, daß sie nichts täten als lügen. So sieht es innerhalb der Regierungsparteien aus. Daß es dabei einem Manne wie Buck nicht wohl ist, läßt sich ohne weiteres annehmen; um so unverständlicher aber ist es, daß er sich und seine Partei als „das kleinere Uebel" zur Auswahl stellt. So harmlos ist denn doch die Sache nicht.

Immer und immer muß darauf hingewiesen werden, daß die heutige Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Interesse der Allgemeinheit zu beklagen ist. Es ist selbstverständlich auch nicht nur Sache der Regierungspartei allein, wie die Regierung behandelt wird. Die aus der Volkswahl hervorgehende parlamentarische Regierung, mag sie sich noch so sehr als eine Partei- oder Klassenregierung fühlen und betätigen, ist doch Vertreterin des ganzen Volkes und diesem verantwortlich. Die Vertreter des parlamentarischen Gedankens, allen vor die Deutsch-Demokratische Partei, haben die Pflicht, die neue Staatsform und das neue System davor zu bewahren, daß es sich selbst schädige und auflöse. Darum hält die Erklärung unserer Partei es weiterhin für unerträglich, daß sich die Regierung auf die Kommunisten mit stützt. Einer solchen Regierung gegenüber muß sie zu grundsätzlicher Opposition übergehen.

Die Heimfahrt der Kaiserin.

Doorn, 18. April. Der Kaiser und der Kronprinz, sowie der Herzog und die Herzogin von Braunschweig und einige Mitglieder des Hofes verbrachten die Nacht im Hause Doorn. Sie fanden sich heute früh dreiviertel 8 Uhr im Bahnhof in Maarn ein, um bei der Abfahrt des Zuges mit der Leiche der Kaiserin anwesend zu sein. Prinz und Prinzessin Adalbert, Prinz Oskar, der Fürst v. Fürstenberg, die Gräfinnen v. Keller und v. Rantzau, die Hofdame Frl. v. Gersdorf, Kammerherr v. Spitzenberg, sowie Hofrat Ritz verbrachten die Nacht im Zuge und begleiteten die Leiche auf der Fahrt nach Berlin.

Berlin, 18. April. Ueber die Heimfahrt der verewigten Kaiserin wird aus Doorn berichtet: Der ganze etwa 15 Kilometer lange Weg durch den Kiefernwald nach der Bahnstation war zu beiden Seiten vom Publikum dicht besetzt. Nach etwa einstündiger langsamer Fahrt langte der Wagen auf dem Bahnhof Maarn an. In weitem Umkreis waren die Rangiergleise abgesperrt, auf denen die vier Wagen des Sonderzuges hielten, zwei Salon-, ein Gepäck- und ein Spezialwagen für den Sarg. Ein hochbeladenes Lastauto brachte die zahlreichen Kränze. Auf dem Leichenwagen, einem Auto, das durch Abnehmen der Karosserie zu diesem Zwecke umgebaut war, stand unter einer schwarzen, mit einer großen, mit weißem Kreuz geschmückten Tuchdecke der Sarg. Hinter ihm hielt das Auto des Kaisers, der vom Kronprinzen, dem Prinzen Oskar und der Herzogin Viktoria Luise begleitet war. Alle Häupter entblößten sich, als der Leichenwagen ankam. Der Kaiser, in Feldmarschallsuniform, schritt neben dem Leichenwagen her, ihm zur Seite der Kronprinz in der Uniform der Totenkopfhusaren. Die Herzogin, geführt von ihrem Gatten, Prinz Oskar, Prinz Heinrich, Fürst Fürstenberg, sowie die Damen und Herren der Umgebung des Kaisers schlossen sich an. Ein schwarzes Kissen mit den Orden der verewigten Kaiserin wurde vorangetragen. Ganz langsam fuhr der Leichenwagen an den Spezialwagen heran.

Oberhofprediger Dryander segnete die Leiche ein. In der nächtlichen Stille hallten seine Worte laut: „. . . und gebe ihr seinen Frieden. Amen" Dann wurde der Sarg in den Wagen gehoben und das Ordenskissen zu seinen Füßen aufgestellt. Der Kaiser, der Kronprinz, Prinz Oskar und Herzogin Viktoria Luise stiegen in den Wagen. Alle übrigen Personen entfernten sich, und einige Minuten blieben der Kaiser und seine Kinder allein in stillem Gebet. Dann entstieg der Kaiser dem Wagen, geführt von seiner Tochter und gestützt vom Kronprinzen und ging mit schweren Schritten langsam seinem Auto zu. Der Kaiser fuhr nach Doorn zurück. Prinz Oskar blieb im Zuge zurück und hielt die Totenwache am Sarge seiner Mutter.

Arnheim, 18. April. Der Zug mit der Leiche der verewigten Kaiserin traf um 8 Uhr 40 Minuten hier ein und hielt außerhalb des Bahnhofes. Die Wege entlang der Eisenbahn, sowie das ganze Gelände waren von Tausenden von Zuschauern besetzt. Die Polizei hatte einen umfangreichen Ordnungsdienst durchgeführt. Alle Zugänge waren von Gendarmen bewacht. Nur einige Personen erhielten die Erlaubnis, sich dem Zuge zu nähern. Der deutsche Konsul Dr. Fassen legte einen großen Kranz im Leichenwagen nieder. Unter den Anwesenden befand sich auch der Generalprokureur des Justizhofes in Arnheim. Der Zug fuhr um 9 Uhr in der Richtung nach Zevenaar ab. An der Brücke, die über die Schienen führt, wurde der Leichenwagen bei der Vorbeifahrt mit Blumen beworfen. Um 10 Uhr passierte der Zug die holländisch-deutsche Grenze, und zwar, mit einigen Minuten Verspätung, beim Orte Zevenaar, wo er den Augen der Zuschauer durch drei Güterzüge entzogen wurde. Der Bahnhof war von Polizisten und Gendarmen abgesperrt. Die Gendarmen trugen große Uniform und standen unter dem Befehle eines Majors. Niemand verließ den Zug. Der deutsche Vizekonsul Buschhammer war anwesend und begleitete den Zug bis Elten.

Emmerich, 18. April. Heute vormittag um einhalb 10 Uhr traf der Sonderzug mit der Leiche der ehemaligen Kaiserin an der deutschen Grenze in Elten ein. Der Bürgermeister überreichte als Vertreter der ersten deutschen Gemeinde einen Lorbeerkranz. Im Zuge befanden sich Prinz und Prinzessin Adalbert, Prinz Oskar, außerdem 18 Personen des Gefolges. Nach Maschinenwechsel setzte sich der Zug nach Emmerich in Bewegung. Auf dem Bahnhofe hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, das den Zug mit Ehrfurcht begrüßte. Bürgermeister Dr. Langen überreichte einen Lorbeerkranz, der die Leidenszeit der Kaiserin versinnbildlichte. Er bestand aus einer Dornenkrone, die mit Lorbeer durchbohrt war. Eine Anzahl Gebäude und Fabriken hatte Halbmast geflaggt.

Berlin, 18. April. Im Park von Sanssouci, im Antiken Tempel und auf dem Bahnhof Wildpark werden gegenwärtig die letzten Vorbereitungen für die morgen stattfindende Beisetzung der Kaiserin getroffen. Die Stadt Potsdam hat seit gestern reichen Flaggenschmuck angelegt. In fast allen Straßen, mit Ausnahme der öffentlichen Gebäude und der dem preußischen Finanzministerium unterstellten Schlösser wehen schwarz umflort, die deutschen und preußischen Farben auf Halbstock. Nach den bisherigen Anmeldung der Vereine und Verbände dürfte die Teilnehmerzahl an der Beisetzung viele Zehntausende betragen. Schon jetzt sind die wenigen Hotels in Potsdam überfüllt, und man rechnet damit, daß am Montag nachmittag bereits Tausende nach Potsdam fahren werden, da die fahrplanmäßigen Züge von Berlin aus bei weitem nicht ausreichen werden, um die Zahl der Teilnehmer an der Beerdigung zu befördern. Die nur schwache Potsdamer Polizeibeamtenschaft hat sich an die Berliner Schutzpolizei mit der Bitte um Verstärkung gewandt. Etwa 1000 Berliner Polizeibeamte haben sich freiwillig gemeldet, die die Potsdamer Beamten zu unterstützen gewillt sind.

Berlin, 18. April. Auch die monarchistischen deutsch-freundlichen Kreise Rußlands werden der dahingeschiedenen Kaiserin eine letzte Ehrung erweisen. An der Beisetzung wird eine Abordnung des Nationalverbandes russischer Offiziere und des ehemaligen Grodnoschen Husarenregiments, dessen Chef die Kaiserin war, teilnehmen. Von den zahlreich gesandten Kränzen hebt sich namentlich der des ehemaligen Grodnoschen Husarenregiments, ein Palmenzweig mit nationalrussischer Schleife und Bändern, durch seine Widmung: „Meiner geliebten Chef, Ihrer kaiserlichen und königlichen Majestät der deutschen Kaiserin Auguste Viktoria vom kaiserlichen Leibhusaren-Regiment Grodno", hervor.